

# Bericht aus Berlin



**DR. ASTRID MANNES**

Für Sie im Bundestag.

**April 2019**

Liebe Leserin, lieber Leser,

das erste Quartal des Jahres 2019 ist schon vollendet und ich möchte Ihnen wieder einen kleinen ausschnittartigen Überblick über das geben, was politisch in den letzten Monaten in Berlin entschieden bzw. angestoßen wurde.

Die Bundesregierung hat zahlreiche Änderungen beschlossen, um den Anstieg der Mieten zu bremsen und dafür zu sorgen, dass künftig wieder mehr bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Diese Änderungen beziehen sich auf das Mietrecht, auf steuerliche Anreize für den Neubau von Mietwohnungen (Sonderabschreibung) und auf das Vergaberecht im Baubereich. Bundestag und Bundesrat haben sich zudem auf eine Grundgesetzänderung verständigt, mit der der Bund die Länder künftig finanziell beim Sozialen Wohnungsbau unterstützen darf. Als prioritäre Maßnahme sind dafür in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt zwei Milliarden Euro vorgesehen.

Bund und Länder haben zudem einen Pakt für den Rechtsstaat beschlossen, um kriminellen Strukturen besser entgegenwirken und den Bürgern zu einer effizienteren Durchsetzung ihrer Rechte verhelfen zu können. Dazu soll nicht nur die Digitalisierung der Justiz und Polizei zügig vorangebracht werden. Auch wurden mehr Stellen bei den Sicherheitskräften geschaffen. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 220 Millionen Euro für diesen Pakt zur Verfügung. Er unterstützt zudem die Länder mit insgesamt über 160 Millionen Euro bis 2022 bei der Anschaffung neuer Einsatzfahrzeuge für Feuerwehr und Rettungsdiensten.

Im März hat der Bundestag das Terminservice- und Versorgungsgesetz beschlossen, um Patienten schnellere Arzttermine und eine bessere ärztliche Versorgung zu ermöglichen. Rund 13.000 neue Pflegestellen und eine Reform der Ausbildung im Bereich der Pflegeberufe wurden ebenfalls beschlossen.



Quelle: pixabay.com

Seit Januar ist das Gute-Kita-Gesetz in Kraft, für das der Bund weitere 5,5 Milliarden Euro in die Hand nimmt, um die Qualität in den Kitas zu verbessern. Im März wurden Verbesserungen bei den Sozialleistungen für einkommensschwache Familien beschlossen. Das Schulstärkernetzwerk für Schüler wurde auf 150 Euro erhöht. Seit Jahresbeginn 2019 ist der Kinderfreibetrag um 192 Euro erhöht worden, zudem erhöht sich zum 1. Juli das Kindergeld um 10 Euro.

Der Bund fördert im Rahmen seines Konzeptes für saubere Luft und Mobilität saubere Busse im öffentlichen Personennahverkehr der Städte. Dazu stellt der Bund bis 2020 eine Milliarde Euro zur Verfügung. Zudem hat der Bundestag im März die Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes dahingehend beschlossen, dass Verkehrsverbote in Gebieten unverhältnismäßig sind, in denen der Stickstoffdioxidwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht überschritten wird.

Damit sollen in Städten mit nur leichten Grenzwertüberschreitungen Fahrverbote vermieden werden. Auch hat der Bundestag das Straßenverkehrsgesetz geändert, um bei Fahrverboten dafür zu sorgen, dass die Kontrollen verhältnismäßig bleiben. So soll es keine festinstallierten Blitzer geben, die den ganzen Tag alle Fahrzeuge erfassen.

Nach intensiven Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat ist nun auch der Digitalpakt Schule beschlossen. Für die Digitalisierung an den Schulen stellt der Bund fünf Milliarden Euro bis 2022 zur Verfügung.

Sie sehen, dass sich derzeit viel bewegt und zahlreiche Problemlagen angepackt wurden. Im Folgenden werde ich einzelne Bereiche ausführlicher beleuchten.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostern und viele schöne Frühlingstage.

Mit herzlichem Gruß

*Arndt Z. Mannes*



Quelle: pixabay.com

## Digitalisierung gestalten

Um den digitalen Wandel in Deutschland erfolgreich zu gestalten, hat die Bundesregierung im Rahmen einer Umsetzungsstrategie zur Digitalisierung Schwerpunktvorhaben der einzelnen Ressorts zusammengestellt. Federführend für die konkreten Einzelvorhaben bleiben die jeweiligen Ressorts. Ziel der Vorhaben ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern und unser Land innovativer zu machen. In der Strategie benennt die Bundesregierung fünf Handlungsfelder: Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel und moderner Staat.

Das Handlungsfeld „Sicherheit“ ist als Querschnittsthema Bestandteil aller genannten Handlungsfelder und Maßnahmen. Vorhaben im Bereich „Digitale Kompetenz“ sind beispielsweise der Digitalpakt Schule und die Nationale Weiterbildungsstrategie sowie im Handlungsfeld „Moderner Staat“ die Einführung von BAFöG-Online. Der jeweilige Umsetzungsstand ist online unter [www.digital-made-in.de](http://www.digital-made-in.de) einzusehen.

## Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln

### Perspektive der Betroffenen und Beteiligten mit einbeziehen

Mit diesem Antrag forderten die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, eine temporäre, unabhängige Anlaufstelle einzurichten. Bei dieser sollen Eltern, Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Pflegeeltern und professionelle Akteure vertraulich berichten können, welche Erfahrungen sie mit dem Hilfesystem und den familiengerichtlichen Verfahren gemacht haben. Diese Berichte sollen systematisch von Wissenschaftlern analysiert und ausgewertet werden. Die Ergebnisse werden veröffentlicht und fließen in einen Gesamtbericht zum Beteiligungsverfahren SGBVIII-Reform ein. Des Weiteren wird die Bundesregierung aufgefordert die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in den Kinderschutz-Verfahren voranzutreiben und die Forschung in dem Bereich auszubauen.

## Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Förderung von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Aufgaben der Integration

Gemäß der Vereinbarung im Koalitionsvertrag ist die Bundesregierung nun aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern ein Programm zur Unterstützung von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen und mit besonderen Integrationsaufgaben zu realisieren. Vorbild soll dabei die bereits bestehende Initiative „Leistung macht Schule“ sein. Bundesweit werden zunächst bis zu 300 Schulen ausgewählt und bei der Entwicklung guter Konzepte für mehr Bildungsgerechtigkeit modellhaft unterstützt. In der zweiten Phase der Initiative werden Wissenschaftler, die mit den Schulen entwickelte Konzepte, Maßnahmen und Materialien hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluieren. Die Ergebnisse werden dann weiteren Schulen in ganz Deutschland zur Verfügung gestellt. Die Leistungen des Bundes in Höhe von insgesamt 125 Millionen Euro für zehn Jahre umfassen entsprechend der verfassungsgemäßen Zuständigkeit die Bereiche der Begleitforschung und Evaluierung.



Quelle: pixabay.com



## Verbesserungen Erwerbsminderungsrente 2019

Der Bundestag hat am 8. November 2018 das Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen. Die Erwerbsminderungsrente soll zumindest ein Stück weit die Einkommenseinbußen auffangen, die damit verbunden sind, wenn man durch Krankheit oder Unfall längerfristig gar nicht oder nicht mehr voll arbeiten kann. Die Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos ist eine der Kernaufgaben der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Rente wegen Erwerbsminderung berechnet sich nicht nur aus den bis zum Leistungsfall gezahlten Beiträgen. Vielmehr werden mit der Zurechnungszeit weitere Versicherungszeiten berücksichtigt. Mit der Zurechnungszeit wird so getan, als wenn man vom Leistungsfall bis zu einem festgelegten Alter weiter Beiträge gezahlt hätte. Früher hätte man auf diese Weise die Rente so berechnet, als hätte man bis zum 55. Lebensjahr in die Rentenkasse eingezahlt. Bereits in der Vergangenheit wurde das Ende der Zurechnungszeit mehrmals verlängert.

Um zukünftige Erwerbsminderungsrentnerinnen und Erwerbsminderungsrentner noch besser abzusichern, wird das Ende der Zurechnungszeit nunmehr in Anlehnung an die Anhebung der Regelaltersgrenze schrittweise auf das vollendete 67. Lebensjahr verlängert. Denn diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erwerbstätig sein können, sind in besonderem Maße auf die Solidarität der Versichertengemeinschaft angewiesen.

Sie werden damit in der gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig so gestellt, als ob sie entsprechend ihrem bisherigen Erwerbsleben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze weitergearbeitet hätten.

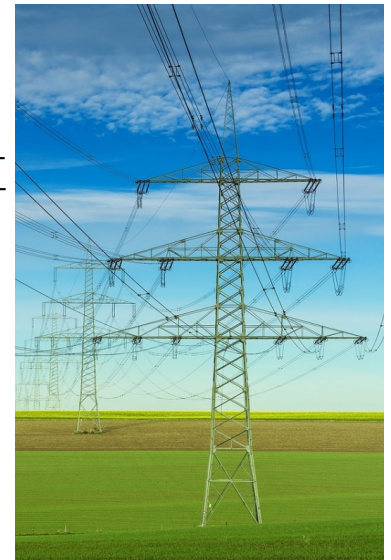
Ich darf Ihnen versichern, dass wir die Lage der derzeitigen Erwerbsminderungsrentner durchaus auch in den Blick nehmen. Sie profitieren von den Verbesserungen bei den Kindererziehungszeiten ebenso wie von den zuletzt außergewöhnlich guten Rentenanpassungen, mit denen sichergestellt ist, dass die Rentner auch von der guten Lohnentwicklung profitiert haben.

## Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus

In zweiter und dritter Lesung haben wir dieses Gesetz beschlossen, um den Neubau und die Verstärkung von Stromleitungen zu verbessern, indem eine vereinfachte Möglichkeit des vorzeitigen Baubeginns geschaffen wird. Zudem wurden die Entschädigungszahlen der vom Netzausbau betroffenen Eigentümer land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke vereinheitlicht und angehoben. Die Kompensation naturschutzrechtlich relevanter Eingriffe wird mittels einer Bundeskompensations-Verordnung geschaffen. Einmal mehr stellen wir daher unseren Anspruch unter Beweis, die Energieversorgung auszubauen und zu stabilisieren, während wir uns zugleich einer ökologisch neutralen Politik verpflichten.

## Klimaschutzgesetzgebung

Die Bundesregierung wird ein Klimakabinett bilden, um die rechtlich verbindliche Umsetzung der Klimaschutzziele für das Jahr 2030 vorzubereiten. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir in diesem Jahr die gesetzlichen Regelungen verabschieden.



Quelle: pixabay.com

## Das Starke-Familien-Gesetz

Wir wollen gemeinsam erreichen, dass in Deutschland nicht die soziale Herkunft über die Chancen eines Kindes entscheidet, sondern sein Talent und seine eigene Leistung. Dafür brauchen Kinder aus Familien, die kein oder nur ein kleines Einkommen haben, mehr Chancen und ihre Eltern mehr Entlastung und Unterstützung.

Wir gehen hierzu jetzt weitere wichtige Schritte: Wir werden den Kinderzuschlag erhöhen und neu gestalten, um deutlich mehr Familien mit kleinen Einkommen stärker zu unterstützen und einfacher zu erreichen und die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verbessern und so gestalten, dass sie mehr Kinder erreichen. Diese Leistungen können Familien erhalten, die Leistungen der Grundsicherung, der Sozialhilfe oder für Asylbewerber bekommen. Anspruchsberechtigt sind auch Familien, die den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen.

Den Kinderzuschlag bekommen Familien, in denen das Einkommen der Eltern nicht für den Lebensunterhalt der gesamten Familie reicht. Der Kinderzuschlag funktioniert dann wie ein einkommensabhängiger Zuschlag zum Kindergeld.

Wir werden den Kinderzuschlag so erhöhen, dass er zusammen mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder und damit ihren Bedarf deckt. In einem ersten Schritt werden wir den Höchstbetrag für jedes Kind von bisher 170 Euro monatlich für die Zeit vom 1. Juli 2019 bis zum 31. Dezember 2020 auf 185 Euro anheben. Eine Familie erhält dann, zusammen mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen und dem Kindergeld, bis zu 408 Euro für ein Kind. Ab dem 1. Januar 2021 soll der Höchstbetrag entsprechend dem von der Bundesregierung festgestellten Existenzminimum dynamisiert erhöht werden.

Wir werden mehr Gerechtigkeit für Eltern schaffen. Wer mehr arbeitet, soll mehr in der Tasche haben. Wer alleine erzieht, soll besser unterstützt werden. Deswegen wird mehr vom Kinderzuschlag übrig bleiben, wenn das Einkommen der Eltern steigt. Derzeit entfällt der Kinderzuschlag ab einem bestimmten Einkommen mit einem Schlag. Diese „Abbruchkante“ schaffen wir ab. Und wir stärken Alleinerziehende. Sie werden den Kinderzuschlag erhalten, auch wenn sie für ihre Kinder Unterhaltszahlungen oder einen Unterhaltsvorschuss vom Staat bekommen. Momentan verhindern Unterhaltszahlungen oder Unterhaltsvorschuss, dass es den Kinderzuschlag für sie überhaupt gibt.

Wir wollen nicht, dass Familien in der verdeckten Armut leben, obwohl die Eltern arbeiten. Deswegen werden wir den Zugang zum Kinderzuschlag erweitern. Eltern, die mit ihrem Einkommen nur knapp oberhalb der Bedarfsgrenze des SGB II liegen und Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen wollen, sollen künftig für ihre Kinder den Kinderzuschlag erhalten. Denn die Kinder in diesen Familien erhalten bisher die geringste Unterstützung.

Das Bildungs- und Teilhabepaket soll dort Chancen auf Teilhabe eröffnen, wo Kinder und Jugendliche aus Familien mit kleinen Einkommen oder aus der Grundsicherung, der Sozialhilfe oder als Asylbewerber in besonderer Weise von Ausschluss bedroht sind. In der Praxis war es aber für manche Familien nicht leicht, diese Leistungen zu bekommen. Und manche Bedürfnisse waren von dem Paket nicht mehr vollständig abgedeckt.



Quelle: pixabay.com

Deshalb werden wir die Leistungen jetzt erhöhen und anpassen: Für das Schuljahr 2019/2020 wird die Unterstützung für den persönlichen Schulbedarf (z. B. für Stifte, Schulranzen, Hefte oder Lern-App) einmalig von 100 Euro auf 150 Euro erhöht, anschließend wird sie jährlich in gleichem Maß wie der Regelbedarf erhöht.

Es werden die gesamten Aufwendungen für die Schülerbeförderung übernommen, und zwar auch für Schülerfahrkarten des öffentlichen Nahverkehrs, die zu allgemeinen Fahrten außerhalb des Schulverkehrs berechtigen.

Und besonders wichtig: Wir werden ein kostenfreies, gemeinschaftliches Mittagessen in der Schule, Kita und Kindertagespflege einführen: Ohne zusätzliche Kosten für die Eltern soll das gemeinschaftliche Mittagessen für jedes Kind an jedem Schul- oder Kita-Tag gesichert sein.

Weil niemand, der Hilfe braucht, diskriminiert werden darf, ermöglichen wir Nachhilfe, die zukünftig überall auch dann genutzt werden kann, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist.

Wir entlasten die Eltern dadurch, dass sich die Schulen künftig -für alle betroffenen Kinder- um die Abrechnung etwa von Klassenausflügen beim Jobcenter oder der Kommune kümmern können. Die aufwändigen Einzelanträge für die Eltern entfallen damit.

Das Starke-Familien-Gesetz wird zeitgleich mit der ersten Kindergelderhöhung zum 1. Juli 2019 in zwei Schritten in Kraft treten. Mit dem Starke-Familien-Gesetz leisten wir einen Beitrag dazu, dass in Deutschland Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen mehr Teilhabechancen und ihre Eltern mehr Entlastung und Unterstützung erfahren. Es ist eine gute Grundlage für eine wirksame Weiterentwicklung unserer Familienleistungen und der bestmöglichen Förderung der Kinder in unserem Land.

## **CDU-Bundestagsabgeordnete aus Südhessen luden zur Jagdpolitischen Veranstaltung**

Die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Astrid Mannes und Patricia Lips haben wahlkreisübergreifend die Jagdvereine und -verbände aus Darmstadt, Darmstadt-Dieburg, Odenwald sowie dem Landkreis Offenbach eingeladen, um sich an einem Abend ganz aktuellen jagdpolitischen Themen zu widmen.

Die beiden Abgeordneten haben seit 2017 mit Hans-Jürgen Thies einen Fraktionskollegen in der CDU/CSU-Fraktion, der selbst Jäger, Jagdpächter und seit vielen Jahren im Landesjagdverband Nordrhein-Westfalen aktiv ist. Als dessen Vizepräsident ist er kompetenter Ansprechpartner für das Jagdwesen und begleitet die damit zusammenhängenden Themen im Bundestag und im Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung.

Am 27. März folgte Herr Thies der Einladung nach Südhessen zu einer „Jagdpolitischen Veranstaltung“ in der historischen Hammermühle in Ober-Ramstadt. Im Vortrag ging Thies auf die bundespolitischen Jagdthemen und deren Umsetzung wie die Bundeswildschutzverordnung und die Afrikanische Schweinepest (ASP) ein. Letztere bildet weiterhin eine enorme Bedrohung für Wildschweine und die Nutztierhalter. Die ASP-Prophylaxe wurde insbesondere durch die Änderung des Tierseuchengesetzes weiter vorangetrieben.

Auf Bundesebene geht es nunmehr darum, eine Novelle des Waffengesetzes zur Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie auf den Weg zu bringen. Hier geht es auch um das Bedürfnis der Jäger zum Führen eines Schalldämpfers auf großkalibrigen Jagdwaffen.

Und natürlich spielte an dem Abend auch die Novelle des Bundesjagdgesetzes eine Rolle, deren Ziel es ist, bundeseinheitliche Mindestanforderungen für die Jägerprüfung und Verbesserungen für die Lebensmittelsicherheit zu schaffen. Zu guter Letzt ging Herr Thies auf den Wolf ein: Monitoring zur Bestandsermittlung, Bestandsobergrenzen, wolfsfreie Gebiete, letale Entnahme und eine reguläre Bestandsregulierung im Jagdrecht über Abschussquoten.

Einen Exkurs in die letzten Jahre der „Jagdpolitischen Achterbahn in Nordrhein-Westfalen“ ließ sich Thies nicht nehmen und beschrieb den Kampf der Jäger gegen die Gesetze und Verordnungen der rot-grünen Landesregierung sowie die grundlegende Novellierung unter Schwarz-gelb nach dem Regierungswechsel.

Anschließend entspann sich eine lebhafte Diskussion, die die von Herrn Thies angesprochenen Themen aufgriff. Viele Anmerkungen der Jäger betrafen zudem die Landespolitik, wie etwa die neue Schalenwildrichtlinie der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (B90/Grüne). Abschließend sprachen sich Dr. Astrid Mannes und Patricia Lips dafür aus, die landespolitischen Aspekte der Jagd in Form einer weiteren Veranstaltung aufzugreifen und versprachen, das Anliegen an die Landtagsabgeordneten der Region heranzutragen.



Die CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Astrid Mannes und Patricia Lips begrüßten den Vizepräsidenten des Landesjagdverbandes NRW, Hans-Jürgen Thies MdB in Ober-Ramstadt.

## Daten und Fakten:

### Über 2 Millionen Car-Sharing Nutzer in Deutschland

Recherchen von Statista und dem Magazin Technology Review zufolge sind aktuell 2,1 Millionen Menschen in Deutschland bei Car-Sharing Diensten angemeldet. Was die Anzahl der Kunden betrifft, sind die Anbieter Car2Go und DriveNow mit rund einer Million bzw. 730.000 angemeldeten Nutzern klar führend. Dass der Markt weiteres Wachstumspotential bietet, zeigt das Ergebnis einer Umfrage, der zufolge sich jeder vierte Befragte vorstellen kann, in Zukunft ganz aufs eigene Auto zu verzichten und stattdessen Car-Sharing zu benutzen. (Bundesverband CarSharing Statista, Trendmonitor Deutschland).



Quelle: pixabay.com

### Frühjahrsbelegung auf dem Arbeitsmarkt

Infolge der klassischen Belegung des Arbeitsmarktes ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im März auf 2,3 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit März 1991, wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Im Vergleich zum Vormonat waren 72.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Gegenüber dem März des Vorjahres lag die Arbeitslosenzahl sogar um 157.000 niedriger. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent. Steigende Temperaturen sorgen im Baugewerbe, aber auch in der Gastronomie wieder für mehr Beschäftigung. Über die Frühjahrsbelegung hinaus halte laut Experten die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt weiter an, auch wenn die Dynamik spürbar nachlässt.



# Ein Jahr große Koalition- Vieles wurde erreicht und auf den Weg gebracht!

Die Bundesregierung ist seit einem Jahr im Amt und die schwarz-rote Koalition hat manches auf den Weg gebracht, was vielen Bürgerinnen und Bürgern konkrete Verbesserungen gebracht hat und noch bringen wird.

## **Ein starker Staat garantiert innere Sicherheit**

In einem gemeinsamen Pakt für den Rechtsstaat werden Bund und Länder 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte schaffen um die Justiz zu entlasten. Für die Digitalisierung der Polizei und der Justiz erhalten die Länder 220 Millionen Euro vom Bund. Die Stellen der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt werden im Laufe der Legislaturperiode um zusätzliche 7.500 erhöht. Schon 2018 und 2019 wurden 4.000 Stellen beschlossen. Die Investitionen in neue Einsatzfahrzeuge bei Feuerwehr und Rettungsdiensten unterstützt der Bund mit 160 Millionen in 2019.

## **Verbesserungen in Pflege und Gesundheitsversorgung**

Die Personalausstattung am Krankenhausbett wird verbessert, indem zukünftig jede neue Pflegestelle von den Krankenkassen voll refinanziert wird. Der Bund sorgt für 13.000 neue Pflegepersonalstellen und erleichtert die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken. Die bisher getrennten Ausbildungen zu Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege werden zu einer Pflegeausbildung zusammengefasst. Schnellere Arzttermine und bessere ärztliche Versorgung werden durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz angestrebt. Kassenpatienten soll durch Terminservicestellen und die Erhöhung der Sprechstunden pro Woche schneller geholfen werden.

## **Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt wird gestärkt**

Im neuen Rentenpaket wurde die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter erhöht, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind. Auch die Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner wurden geschaffen.

## **Familien und Kinder stärken**

Die Koalition wird bis 2022 rund 5,5 Milliarden Euro in Kitas und deren Betrieb stecken. Es soll vor allem die Qualität der Betreuung gefördert werden. Das Kindergeld wird zum 1. Juli 2019 um 10 Euro erhöht, der Kinderfreibetrag um 192 Euro und für einkommensschwache Familien sieht das „Familienstärkungsgesetz“ Verbesserungen bei verschiedenen Sozialleistungen vor.

## **Zuwanderung steuern und begrenzen**

Die Koalition hat den Familiennachzug für vorübergehend anerkannte Asylbewerber (subsidiär Schutzbedürftige) abgeschafft und lässt aus humanitären Gründen nur noch 1.000 nachziehende Familienangehörige pro Monat zu. Anerkannte Asylbewerber werden jetzt zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet. Von Seiten des Bundestages wurden erneut Tunesien, Algerien und Marokko zu den sicheren Herkunftsländern eingestuft, was zu schnelleren und unkomplizierteren Verfahren führen soll. Diese Entscheidung bedurfte der Zustimmung des Bundesrates. Die Länder, in denen die Grünen und Die Linke mitregieren, haben der Einstufung dieser Länder als sicherere Herkunftsländer leider nicht zugestimmt, so dass es nun nicht zu schnelleren Verfahren kommen wird.

## **Modernisierung der Infrastruktur**

Das Grundgesetz wurde geändert, damit der Bund bis 2022 fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen investieren darf. Digitalisierung wird nun den Unterricht verstärkt unterstützen. Die Koalition hat den Fonds „Digitale Infrastruktur“ eingerichtet, der den Gigabit-Netzausbau ermöglichen soll.

## **Mehr bezahlbarer Wohnraum und Wohneigentum für Familien**

Das Baukindergeld kann seit September 2018 bei der KfW beantragt werden. Pro Kind erhalten Eltern zehn Jahre lang 1.200 Euro, wenn das zu versteuernde Einkommen 90.000 Euro nicht übersteigt. Bis Ende 2020 werden damit sowohl ein Neubau sowie auch der Erwerb von Bestandswohnraum gefördert. Das Grundgesetz wurde geändert, damit der Bund die Länder gezielt bei ihrer Aufgabe, dem sozialen Wohnungsbau, unterstützen kann. In den Jahren 2020 und 2021 werden insgesamt zwei Milliarden Euro bereitgestellt. Die Flexibilisierung des Vergaberechts im Baubereich nutzt vor allem kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften beim schnelleren Schaffen von neuem Wohnraum.

## **Impressum**

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Astrid Mannes MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fotos © Dr. Astrid Mannes, adobe.stock, pixabay.com